Freitag, 23. Januar 2026, 15:00 Uhr
~10 Minuten Lesezeit

Frieren für das Gute

Nachbetrachtung auf den Terroranschlag auf die Berliner Stromversorgung.

von Günther Burbach
Foto: Filmbildfabrik/Shutterstock.com

Der Anschlag auf das Berliner Stromnetz Anfang Januar 2026 war ein terroristischer Angriff auf die Zivilbevölkerung. Punkt. Diese Feststellung ist keine Frage der politischen Einordnung, sondern eine der

Realität. Wer gezielt kritische Infrastruktur sabotiert, wer weiß, dass dadurch Zehntausende Menschen mitten im Winter ohne Strom, ohne Heizung, ohne warmes Wasser und ohne funktionierende Kommunikation dastehen, und wer diese Folgen billigend in Kauf nimmt, betreibt Terror. Alles andere ist sprachliche Selbstberuhigung.

Nach unserem letzten Artikel erreichten uns zahlreiche Reaktionen. Der schärfste Vorwurf lautete, der Anschlag sei verharmlost worden, weil von einem Stromausfall die Rede gewesen sei, wo doch ein terroristischer Angriff vorlag. Diese Kritik trifft einen wunden Punkt, weniger in unserem Text als im öffentlichen Umgang mit solchen Ereignissen. Denn sie zeigt, wie reflexhaft Teile der Debattierenden zwischen moralischer Empörung und politischer Relativierung pendeln, während das Entscheidende aus dem Blick gerät: die Lebensrealität derjenigen, die diesen Anschlag ausbaden mussten.

Der Anschlag traf nicht abstrakte Strukturen. Er traf Menschen. Menschen in Wohnungen, die binnen Stunden auskühlten. Menschen, deren Heizungen ausfielen, deren Warmwasser versiegte, deren Lebensmittel verdarben. Menschen, die medizinische Geräte nicht mehr zuverlässig betreiben konnten. Menschen, die plötzlich im Dunkeln saßen, während draußen Polizeifahrzeuge patrouillierten und Absperrbänder den öffentlichen Raum zerschnitten. All das geschah nicht zufällig, nicht überraschend, nicht unvorhersehbar. Es war die logische Folge einer Tat, die genau diese Wirkung entfalten sollte.

> ***Wer an dieser Stelle von Symbolik spricht, verkennt***

> ***entweder bewusst oder fahrlässig, was Infrastruktur bedeutet. Strom ist kein Luxus. Strom ist Grundversorgung.***

Ohne Strom funktioniert kein moderner Alltag. Keine Heizung, kein Licht, keine Kommunikation, keine Mobilität. Wer diese Grundlage angreift, greift nicht „das System“ an, sondern den Alltag derjenigen, die am wenigsten Ausweichmöglichkeiten haben. Rentner, Alleinerziehende, Menschen mit Behinderungen, Pflegebedürftige, prekär Beschäftigte, kleine Selbstständige, Obdachlose. Sie alle zahlen den Preis zuerst.

Gerade deshalb ist es unerträglich, wenn sich die Debatte rasch von den Folgen löst und in semantische Nebelzonen abdriftet. Statt über ausgekühlte Wohnungen, gesundheitliche Risiken und reale Schäden zu sprechen, wird darüber diskutiert, welche Gruppe möglicherweise hinter dem Anschlag steckt, welche Ideologie sich andeutet, welches politische Etikett passt. Diese Fragen mögen für Sicherheitsbehörden relevant sein. Für die Bewertung der Tat sind sie zweitrangig. Terror definiert sich nicht über Parteiprogramme oder Selbstzuschreibungen, sondern über Handlung und Wirkung.

In diesem Zusammenhang fällt eine Stellungnahme der Vorsitzenden der Linkspartei besonders ins Gewicht. Sie erklärte sinngemäß, man wisse ja noch gar nicht, welche Gruppe oder Gruppierung hinter dem Anschlag stecke. Dieser Satz ist kein Ausdruck von Besonnenheit, sondern ein klassisches Ausweichmanöver. Er verschiebt den Fokus weg von dem, was unstrittig ist, der Tat und ihren Folgen, hin zu einer scheinbaren Ungewissheit, die faktisch keine ist. Für die Menschen in den betroffenen Vierteln ist es vollkommen gleichgültig, welches politische Label am Ende vergeben wird. Sie saßen im Kalten. Sie hatten Angst. Ihr Alltag war lahmgelegt.

Diese Form der Relativierung ist nicht zufällig. Sie folgt einem

Muster.

> ***Immer dann, wenn die klare Benennung einer Tat unangenehme Fragen aufwirft, wird versucht, Zeit zu gewinnen, Begriffe zu verwässern, Verantwortung zu diffundieren. Denn wer den Anschlag als Terror benennt, muss zwangsläufig fragen, in welchen politischen Milieus seit Jahren die Vorstellung kultiviert wird, Sabotage an Infrastruktur sei ein legitimes Mittel des Protests.***

Diese Frage ist unbequem. Also wird sie umgangen.

Dabei ist die ideologische Selbstverklärung solcher Taten besonders perfide. Sie werden gern als Angriff auf „Machtstrukturen“ verkauft, als Widerstand gegen Konzerne oder Staat. In Wahrheit treffen sie vor allem genau jene, die keinerlei Macht besitzen. Wer Stromnetze sabotiert, weiß, dass Menschen frieren werden. Wer das im Winter tut, weiß, dass gesundheitliche Risiken folgen. Wer das trotzdem tut, akzeptiert Leid, nicht als bedauerlichen Nebeneffekt, sondern als kalkulierten Bestandteil der Aktion. Das ist kein Widerstand. Das ist Klassenverachtung.

Der soziale Schaden dieses Anschlags lässt sich nicht in Reparaturkosten beziffern. Er zeigt sich im Alltag. Menschen ohne Auto konnten nirgendwo hinfahren. Menschen ohne finanzielle Reserven konnten nicht ausweichen. Kleine Geschäfte verloren Einnahmen, die sie nicht kompensieren können. Selbstständige standen vor Schäden, die Versicherungen nicht abdecken. Obdachlose wurden aus öffentlichen Bereichen verdrängt, weil Sicherheitsmaßnahmen und Absperrungen zunahmen. Der Anschlag wirkte wie ein Brandbeschleuniger in einer Gesellschaft, die ohnehin unter Druck steht.

Währenddessen setzte medial schnell die bekannte Routine ein. Sicherheitsdebatten, Täterfragen, politische Schuldzuweisungen. All

das ist bequem, weil es Distanz schafft. Es erlaubt, über Strukturen zu sprechen, ohne über konkrete Lebenslagen reden zu müssen. Doch genau diese Distanz ist Teil des Problems. Terror entfaltet seine Wirkung nicht in Talkshows, sondern in Küchen ohne warmes Wasser, in Schlafzimmern ohne Heizung, in Straßen ohne Licht.

Es geht hier nicht um sprachliche Haarspalterei. Es geht um Verantwortung. Wer Infrastruktur-Sabotage nicht klar als Terror bezeichnet, verharmlost die Tat. Wer gleichzeitig die Folgen für die Bevölkerung ausblendet, verschiebt die Perspektive weg von den Opfern. Beides ist falsch. Beides dient letztlich der Entlastung der Täter, egal, aus welcher politischen Richtung sie kommen.

Der Anschlag auf das Berliner Stromnetz war kein Betriebsunfall der Geschichte. Er war eine bewusste Tat mit kalkulierten Folgen. Er hat gezeigt, wie fragil der Alltag vieler Menschen ist und wie dünn die Schutzschicht, die ihn zusammenhält. Ein paar beschädigte Kabel reichten aus, um Wärme, Mobilität, Kommunikation und Sicherheit gleichzeitig zu treffen. Das ist keine technische Randnotiz, sondern eine soziale Katastrophe.

> ***Journalismus, der diesen Namen verdient, darf sich nicht darauf beschränken, Begriffe korrekt zu sortieren oder moralisch auf der richtigen Seite zu stehen. Er muss dorthin schauen, wo es weh tut.***

In diesem Fall heißt das: den Anschlag klar als Terror zu benennen und gleichzeitig die soziale Realität seiner Folgen sichtbar zu machen. Alles andere wäre Feigheit, oder Gleichgültigkeit.

Getroffen hat es nicht die Mächtigen. Getroffen hat es nicht „das System“. Getroffen hat es die Normalbevölkerung. Und solange darüber mehr gestritten wird, wie man die Tat nennt, als darüber, was sie angerichtet hat, läuft etwas grundlegend schief.

Was diesen Anschlag zusätzlich so schwer erträglich macht, ist nicht nur die Tat selbst, sondern die Selbstverständlichkeit, mit der manche bereit sind, ihre Folgen kleinzureden. Es wird von „Sachschaden“ gesprochen, von „Störungen“, von „zeitweisen Einschränkungen“. Diese Begriffe verharmlosen eine Realität, die für viele Menschen existenziell war. Wer in einer warmen Wohnung sitzt, wer Rücklagen hat, wer flexibel arbeiten kann, mag einen Stromausfall als Unannehmlichkeit begreifen. Für andere ist er eine unmittelbare Bedrohung. Diese Unterschiede sind keine Nebensache, sie sind der Kern des Problems.

In den betroffenen Vierteln bedeutete der Anschlag, dass Menschen ihre Wohnungen nicht mehr ausreichend beheizen konnten. Dass sie mit Decken, Jacken und improvisierten Lösungen versuchten, die Kälte abzuwehren. Dass Eltern ihre Kinder früher ins Bett schickten, weil es dort wenigstens unter der Decke etwas wärmer war. Dass ältere Menschen sich kaum noch bewegten, um Energie zu sparen. Dass Kranke zögerten, Hilfe zu holen, weil Telefone nicht zuverlässig funktionierten. Diese Situationen tauchen in keiner Statistik auf, sie werden nicht bilanziert, sie hinterlassen keine spektakulären Bilder, weil sie offiziell nicht gezeigt werden. Aber sie sind real.

Besonders perfide ist, dass solche Anschläge oft in einer Sprache kommentiert werden, die den Eindruck erweckt, es handle sich um eine Auseinandersetzung „auf Augenhöhe“ zwischen Aktivisten und Staat. Diese Erzählung ist falsch. Infrastruktur ist keine Bühne für symbolische Politik. Infrastruktur ist die Lebensader einer Gesellschaft. Wer sie angreift, entscheidet nicht abstrakt über Machtverhältnisse, sondern konkret über Wärme, Sicherheit und Gesundheit von Menschen, die keinerlei Einfluss auf diese Auseinandersetzungen haben. Das ist kein Nebeneffekt, sondern die zwangsläufige Folge.

> ***Hinzu kommt die psychische Dimension, über die kaum***

> ***gesprochen wird. Der Anschlag erzeugte nicht nur Kälte, sondern Angst. Angst vor weiteren Ausfällen. Angst vor Kontrollverlust. Angst, dass sich eine solche Situation wiederholen könnte.***

Für viele blieb diese Angst auch nach Wiederherstellung der Stromversorgung bestehen. Sie äußert sich in Schlaflosigkeit, in Nervosität, in Misstrauen gegenüber der eigenen Umgebung. Das ist keine Hysterie, sondern eine normale Reaktion auf erlebte Unsicherheit. Wer das ignoriert, ignoriert einen wesentlichen Teil der Schäden.

Dass diese Perspektive im öffentlichen Diskurs so selten vorkommt, ist kein Zufall. Sie passt nicht in ideologische Erzählungen. Sie ist zu konkret, zu unerquicklich, zu wenig anschlussfähig an politische Schlagworte. Es ist einfacher, über Täterbilder, politische Lager und Sicherheitskonzepte zu sprechen, als über frierende Menschen, über zerstörte Alltage, über das Gefühl, plötzlich schutzlos zu sein. Doch genau hier entscheidet sich, ob eine Gesellschaft ehrlich mit sich selbst umgeht.

Der Verweis darauf, man müsse erst abwarten, wer genau hinter dem Anschlag steckt, ist vor diesem Hintergrund besonders zynisch. Er suggeriert, dass die Bewertung der Tat vom Absender abhängt. Als ob dieselbe Handlung, mit denselben Folgen, weniger schwer wöge, wenn sie aus dem „richtigen“ politischen Milieu kommt. Diese Logik ist gefährlich. Sie öffnet die Tür für eine doppelte Moral, in der Terror nur dann Terror heißt, wenn er nicht ins eigene Weltbild passt.

> ***Dabei ist die Frage, wer hinter dem Anschlag steckt, für die Betroffenen vollkommen irrelevant. Sie brauchen keine Täterbiografien, sie brauchen keine politischen Einordnungen. Sie brauchen Wärme, Sicherheit, Verlässlichkeit.***

Und sie brauchen eine öffentliche Sprache, die anerkennt, was ihnen angetan wurde. Alles andere wirkt wie Hohn.

Der Anschlag hat zudem offengelegt, wie dünn die gesellschaftlichen Sicherungsnetze geworden sind. Viele Menschen konnten den Ausfall nur deshalb irgendwie bewältigen, weil Nachbarn halfen, weil improvisiert wurde, weil private Solidarität einsprang. Das mag menschlich tröstlich sein, ist aber politisch alarmierend. Eine Gesellschaft, die darauf angewiesen ist, dass Einzelne aushelfen, wenn kritische Infrastruktur angegriffen wird, ist verwundbar. Und diese Verwundbarkeit nutzt bewusst aus, wer solche Anschläge verübt.

Es ist deshalb unerquicklich, wenn der Eindruck entsteht, man müsse zwischen der klaren Benennung der Tat und der Beschäftigung mit ihren Folgen wählen. Diese Gegenüberstellung ist künstlich. Beides gehört zusammen. Wer den Anschlag nicht Terror nennt, verschleiert seine Bedeutung. Wer über Terror spricht, aber die sozialen Folgen ignoriert, betreibt Abstraktion. Beides führt dazu, dass die Betroffenen unsichtbar bleiben.

Der Anschlag auf das Berliner Stromnetz war kein einmaliger Ausrutscher, kein isolierter Vorfall. Er fügt sich ein in eine Zeit, in der kritische Infrastruktur zunehmend als legitimes Ziel politischer Aktionen betrachtet wird. Diese Entwicklung ist brandgefährlich. Sie verschiebt Grenzen, normalisiert Gewalt gegen zivile Versorgungsgrundlagen und untergräbt das Vertrauen in die Verlässlichkeit des Alltags. Wer das nicht klar zurückweist, macht sich mitschuldig an einer schleichenden Eskalation.

Journalismus hat in einer solchen Situation eine klare Aufgabe. Er darf sich nicht damit begnügen, Positionen abzubilden oder Debatten zu moderieren. Er muss benennen, was ist. Und er muss die Perspektive derjenigen sichtbar machen, die sonst untergehen. In diesem Fall heißt das: klar zu sagen, dass dieser Anschlag Terror

war und ebenso klar zu zeigen, dass seine Hauptopfer nicht politische Gegner oder abstrakte Systeme waren, sondern ganz normale Menschen.

> ***Der eigentliche Skandal liegt nicht nur in der Tat selbst, sondern in der Bereitschaft, sie sprachlich zu entschärfen und ihre Folgen zu relativieren.***

Diese Bereitschaft offenbart eine gefährliche Gleichgültigkeit gegenüber sozialer Realität. Sie zeigt, wie leicht sich Teile des Diskurses von konkretem Leid entkoppeln lassen, wenn es nicht ins eigene Narrativ passt.

Am Ende bleibt eine einfache, unbequeme Wahrheit: Wer Stromnetze angreift, greift Menschen an. Wer das im Winter tut, gefährdet Leben. Wer das politisch rechtfertigt oder relativiert, stellt Ideologie über Menschlichkeit. Und wer darüber hinwegredet, trägt dazu bei, dass sich solche Taten wiederholen.

Der Anschlag hat nicht „die Gesellschaft“ getroffen, sondern konkrete Existenzen. Er hat gezeigt, wie schnell Normalität kippt, wenn die Grundlagen wegbrechen. Und er hat offenbart, wie wenig Raum diese Realität im öffentlichen Diskurs oft bekommt. Genau deshalb ist es notwendig, sie immer wieder zu benennen, klar, hart und ohne Ausflüchte.

Getroffen hat es die Falschen.
Und solange das nicht im Zentrum der Debatte steht, wird über alles geredet, nur nicht über das Wesentliche.

Günther Burbach, Jahrgang 1963, ist Informatikkaufmann, Publizist und Buchautor. Nach einer eigenen Kolumne in einer Wochenzeitung arbeitete er in der Redaktion der Funke Mediengruppe. Er veröffentlichte vier Bücher mit Schwerpunkt auf Künstlicher Intelligenz sowie deutscher Innen- und Außenpolitik. In seinen Texten verbindet er technisches Verständnis mit gesellschaftspolitischem Blick — immer mit dem Ziel, Debatten anzustoßen und den Blick für das Wesentliche zu schärfen.